

Datenschutz-Information für Bewerber¹ bei der Arbeitnehmerüberlassung/Personalvermittlung

Nachfolgend geben wir Ihnen einen Überblick, wer wir sind, wie wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten und welche Rechte sie haben. Wenn Sie möchten, dass wir Ihre Daten dauerhaft speichern, um Ihnen passende Tätigkeiten vorzustellen, können Sie uns hierzu Ihre Einwilligung erteilen.

Wer wir sind: Angaben zum Verantwortlichen	
Unternehmensname	Merkur Zeitarbeit GmbH
Straße	Möserstraße 5-6
Postleitzahl	49074
Ort	Osnabrück
Telefon	0541-33840-0
Internet	www.merkur-zeitarbeit.de
E-Mail-Adresse	merkur.osnabrueck@merkur-zeitarbeit.org
Kontaktdaten unseres Datenschutzbeauftragten	datenschutz@merkur-zeitarbeit.org

Zweck der Datenverarbeitung, Erforderlichkeit, Rechtsgrundlage

Im Rahmen Ihrer Bewerbung werden von Ihnen mitgeteilte personenbezogene Daten verarbeitet, um Ihnen für Sie passende Tätigkeiten anzubieten, um Ihre Eignung für von Kunden nachgefragte bzw. von uns geplante Tätigkeiten festzustellen, um über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses zu entscheiden oder um Sie unseren Kunden für eine geeignete Stelle vorzuschlagen und vorzustellen.

Ihre Daten sind insoweit für einen Vertragsschluss erforderlich, sonst können wir Ihre Bewerbung nicht bearbeiten. Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet nicht statt.

Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. b) Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Wenn Sie uns eine Einwilligung erteilen, über das erforderliche Maße hinaus personenbezogene Daten zu übermitteln, ist die Rechtsgrundlage insoweit Art. 6 Abs.1 lit. a) DSGVO.

Im Beschäftigungs- oder Vermittlungsverhältnis verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, soweit dies für die Durchführung oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses (z.B. Entgeltzahlung, Qualitätsmaßnahmen, Übermittlung an Kunden) oder des Vermittlungsvertrages (z.B. Qualitätsmaßnahmen, Übermittlung an Kunden) oder zur Ausübung oder Erfüllung der sich aus einem Gesetz oder einem Tarifvertrag, einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung (Kollektivvereinbarung) ergebenden Rechte und Pflichten der Interessenvertretung der Beschäftigten erforderlich ist. Zu den Qualitätsmaßnahmen kann es gehören, dass wir den Kunden befragen (z.B. durch einen Kundenfragebogen) oder selbst eine Einschätzung vornehmen.

¹ Bei der Bezeichnung wird die männliche Geschlechtsform ausschließlich aufgrund der besseren Lesbarkeit gewählt.

Ihre Daten sind insoweit gesetzlich und vertraglich für die Vertragsdurchführung erforderlich, sonst kann das Beschäftigungs- oder Vermittlungsverhältnis nicht durchgeführt werden.

Rechtsgrundlage ist § 26 BDSG oder Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO.

Empfängerkategorien

Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten sind Kunden von uns, die uns einen entsprechenden Bedarf mitteilen oder bei denen wir meinen, der Kunde habe voraussichtlich einen entsprechenden Bedarf. Soweit möglich und erforderlich, werden Ihre Daten dabei dem Kunden zunächst pseudonymisiert, d.h. ohne Nennung Ihres Namens, übermittelt. Unsere Kunden befinden sich in der Regel in Deutschland, wir haben daher keine Absicht, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland zu übermitteln.

Ihre Daten können interne Stellen oder Auftragsverarbeiter erhalten, die bestimmungsgemäß mit der Durchführung der erforderlichen Geschäftsprozesse betraut sind (z.B. Personalverwaltung, Buchhaltung, Controlling, Steuerbüro, Kreditinstitute, IT-Dienstleister).

Außerdem können öffentliche Stellen, die Daten aufgrund gesetzlicher Vorschriften erhalten (z.B. Sozialversicherungsträger, Finanzbehörden).

Speicherdauer

Für Ihre Bewerbung erhobene personenbezogene Daten werden in der Regel nach 6 Monaten gelöscht, es sei denn es hat sich bis dahin ein zusätzlicher Bedarf oder Grund ergeben, die Daten weiter zu speichern.

Ihre personenbezogenen Daten werden von uns ansonsten während des Vertrages und zu dessen Beendigung, jeweils und darüber hinaus nur soweit rechtmäßig, etwa im Rahmen bestehender Aufbewahrungspflichten:

Kaufmännische Unterlagen, insbesondere Buchungsbelege	10 Jahre
Lohnzahlungsbelege (soweit diese keine Buchungsbelege sind); sonstige Unterlagen (soweit für Besteuerung von Bedeutung)	6 Jahre
Sozialversicherungsrechtliche bedeutende Unterlagen (Entgeltunterlagen)	Bis zum Ablauf des auf d letzte Prüfung (§ 28p SG folgenden Kalenderjahre (siehe § 28f SGB IV)
Arbeitszeitnachweise, sofern kein Buchungsbeleg	2 Jahre

Aufzeichnungen zur Künstlersozialabgabe	5 Jahre	
Aufzeichnungen über Mutterschutz	2 Jahre	

Hinweis Betroffenenrechte	
Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)	Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf weiter gehende Informationen zur Datenverarbeitung.
Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)	Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung oder ggf. Vervollständigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.
Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)	Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern die Daten nicht mehr notwendig sind, die betroffene Person ihre Einwilligung widerruft oder Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegt, die personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden oder sonst ein Lösungsgrund im Sinne von Art. 17 DSGVO vorliegt und der Verantwortliche nicht berechtigt ist, der Löschung zu widersprechen.
Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)	Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen gegeben ist, etwa die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird oder die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt.
Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)	Soweit die Datenverarbeitung sich auf ein berechtigtes Interesse unsererseits stützt oder es sich um Direktwerbung handelt, hat die betroffene Person das Recht, aus den in Art. 21 DSGVO genannten Gründen, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender

	personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)	Die betroffene Person hat im Rahmen von Art. 20 DSGVO das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln.
Recht auf Beschwerde (Art. 77 DSGVO)	Jede betroffene Person hat unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde gemäß Art. 77 DSGVO.